

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Erich-Duncker)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 20.

Berlin, Mittwoch, 9. März 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Staatlicher Arbeitsnachweis in England. — Jahresbericht des Vertreters am Reichsversicherungsamt für das Jahr 1909. — Die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen

Staatlicher Arbeitsnachweis in England.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Der Labour Exchanges Act (Arbeitsnachweis-Gesetz) vom 20. September 1909 ist das erste sozialpolitische Gesetz Englands, das mit dem bisher geübten Prinzip der Dezentralisation und Selbstverwaltung bricht. Die Leitung der neuen Behörde ist streng zentralisiert und die Kontrolle in den Händen des Ministeriums (Board of Trade).

Dieser erste Schritt zur Aenderung der bisherigen Sozialpolitik — andere werden in Kürze folgen — ist unternommen worden, weil die bisherigen Methoden zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit sich als völlig unzulänglich erwiesen haben. Der erste Versuch einer systematischen Regelung des Arbeitsnachweises in England liegt noch nicht allzu weit zurück. Wir finden ihn in dem „Labour Bureau (London) Act“ von 1902, der den einzelnen Gemeinden der Metropole die Ermächtigung gab, Arbeitsnachweise zu unterhalten, deren Kosten aus der „Allgemeinen Steuer“ bestritten werden sollten. Dieses Gesetz ist kaum jemals richtig zur Ausführung gelangt, da nur wenige kleine Orte von der Ermächtigung Gebrauch machten und lokale Arbeitsvermittlungstellen einrichteten. Der „Unemployed Workmen Act“ (Arbeitslosen-Gesetz) von 1905 verbot, dem System der „Notstandskomitees“ eine allgemeine Einführung für das ganze Land zu geben. Die Komitees hatten die Aufgabe, für die Arbeitslosen ihres Distrikts Arbeit zu schaffen oder sie finanziell zu unterstützen sowie Arbeitsnachweise zu eröffnen, um Arbeitgeber und stellungsuchende Arbeiter direkt miteinander in Verbindung zu bringen. Diese Komitees waren wohl in der Lage, sehr vielen Arbeitern zu einer neuen Beschäftigung zu verhelfen, aber die Zahl der sich Meldenden, die zu unterstützen waren, stieg ins Ungesehene. Das Central (Unemployed) Body (die Zentralstelle) für London sah zuerst die Unzulänglichkeit des Systems ein. Es ernannte im März 1906 eine Kommission zum Studium der Frage, um namentlich die Idee der Arbeitsvermittlung auf eine wirksame Weise in die Praxis umzusetzen. Ende 1906 wurden dann 25 Bureaus in den einzelnen Stadtteilen Londons eröffnet, die unter ungeheuren Schwierigkeiten und mit nur langsam wachsendem Erfolge es veruchteten, einen zentralisierten Arbeitsmarkt für die Sechsmillionenstadt zu schaffen.

Das größte Hindernis zu einer wirksamen Ausgestaltung der Londoner Börden lag darin, daß sie von einer Wohlfahrtskörperschaft eingerichtet waren. Die Vermittlung empfing dadurch einen Anstrich von Armenhilfe. Die wirklich fähigen Arbeiter hielten sich meist von den Bureaus fern und die Arbeitgeber, da sie keine erfahrenen, tüchtigen Arbeiter erlangen konnten, erst recht. Erst als in einzelnen Distrikten die Trade Unions mit den Arbeitsnachweisen in Verbindung traten, ihre Befähigten dort auslegten und zum Teil ihre Sitzungen in den Räumen abhielten, vermehrte sich die Zahl der eingetragenen Bewerber wie der suchenden Arbeitgeber. Die Schaffung eines zentralen Clearinghouses (Abrechnungshauses) ermöglichte dann erweiterte Vermittlung von Arbeit außerhalb des Distrikts.

Das Londoner System liegt auch dem neuen staatlichen System zugrunde. Beide sind von demselben Manne geschaffen, Mr. W. S. Beveridge, dem Vorsitzenden der erwähnten Londoner Kommission, der jetzt zum Direktor der staatlichen Behörde ernannt worden ist. Mr. Beveridge hat das Studium des Arbeitslosenproblems zu seiner Lebensaufgabe gemacht und ist heute unbefritten die erste Autorität auf diesem Gebiete in England. Schon im Jahre 1906 trat er als Redakteur der „Morning Post“ mehrfach energisch für die Schaffung von Arbeitsbörden ein. 1908 veröffentlichte er dann ein ausgezeichnetes Werk über Arbeitslosigkeit, um kurze Zeit darauf ein Amt im Board of Trade zu übernehmen. Er ist nun in der glücklichen Lage, seine Ideen über Behandlung der Arbeitslosigkeit als einer sozialen Krankheit auch praktisch durchführen zu können.

Für die Zwecke der Arbeitsvermittlung ist England in 11 Distrikte geteilt, deren Grenzen sich im wesentlichen mit denen der einzelnen Industriebezirke decken. Die Zentralbureaus der Distrikte befinden sich in folgenden Städten: London, Nottingham, Birmingham, Bristol, Liverpool, Manchester, Leeds, Newcastle, Cardiff (Wales), Glasgow (Schottland), Dublin (Irland). In jeder größeren Stadt wird eine besondere Arbeitsbörse eröffnet, deren es drei Größenklassen gibt. Ungefähr 30 bis 40 entfallen auf Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, 45 auf Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern und 150 auf kleinere Orte. Außerdem sollen die Postanstalten in kleinen Städten und Dörfern mit der Registration von Arbeitssuchenden und vakanten Stellen beauftragt werden, die dann an die nächste Börse weitergegeben werden. Jede Vakanz, die nicht am Orte befreit werden kann, ist dem nächsten Distriktsbureau zu melden. Dieses verjagt, geeignete Arbeitskräfte in den übrigen Orten des Distrikts zu finden und setzt sich, wenn dies nicht gelinzt, mit der Londoner Hauptstelle in Verbindung.

In London sind die bereits existierenden Bureaus des Central (Unemployed) Body übernommen und durch einige neue in geeigneten Bezirken vermehrt worden. Die einzelnen Bureaus sind telephonisch miteinander verbunden, so daß die Besetzung offener Stellen mit Leuten aus anderen Bezirken der Stadt schnellstens erfolgen kann. Jede der Börden hat fürs erste vier Abteilungen: für qualifizierte, für ungelernete Arbeiter, für Frauen und für Jugendliche. Später sollen besondere Stellen für die einzelnen Industriezweige geschaffen werden, wenn es erforderlich erscheint. Die Hauptaufgabe ist zunächst die Heranziehung möglichst qualifizierter Arbeiter; denn die Arbeitgeber werden sich des staatlichen Instituts nur dann dauernd bedienen, wenn sie sicher sind, auch die besten Leute zu bekommen. Die leitenden Beamten sind sorgfältig für den Zweck ausgewählt, schnell und sicher über die Fähigkeiten der Arbeitssuchenden entscheiden zu können, so daß der suchende Arbeitgeber möglichst wenig weitere Mühe hat. Die Fähigkeit ist neben der Reihenfolge der Eintragung der einzige Grundzug der Auswahl. Jede Parteilichkeit soll ausgeschlossen sein. Jeder Arbeitssuchende hat ein Formular auszufüllen, auf Grund dessen seine Eintragung für sieben Tage erfolgt. Nach Ablauf dieser Zeit hat er sich wieder neu registrieren zu lassen, wenn er in der Zwischenzeit noch nicht Stellung gefunden hat. Von besonderer Wichtigkeit ist der § 2 Abs. 2 des Gesetzes, der besagt, daß keinem Bewerber Nachteile daraus erwachsen dürfen, wenn er sich weigert, Streitarbeit anzunehmen, oder wenn der angebotene Lohn geringer ist, als der im Distrikt für seinen Arbeitszweig übliche. Im übrigen übernimmt der ein-

tragende Beamte keine Verantwortung mit Bezug auf Arbeitslohn und Arbeitsbedingungen. Lohnsätze und ähnliche Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dürfen in den Börden zur Einsichtnahme bereit gehalten werden.

Die Bemühungen der Regelung des Zu- und Abzugs von Arbeitssuchenden hat es notwendig gemacht, Mittel als Darlehen für Reisekosten bereit zu stellen. Hat ein Arbeiter durch eine Arbeitsbörse Stellung nach einem anderen Ort gefunden, so kann er auf Ansuchen einen Schein erhalten, für den ihm am Bahnstation eine Fahrkarte nach dem betreffenden Platz ausgeben wird. Er muß den Betrag dann von seinem ersten Arbeitslohn zurückzahlen.

Das ganze System ist, wie bereits angeführt, in der ersten Zeit auf die Erzielung möglichst guter Resultate mit gelerntem Arbeiter eingestellt. Die Beschäftigung ungelerner Arbeiter wird später mit Hilfe der verschiedenen Hofenbehörden, der Docks, der staatlichen und kommunalen Verwaltungen für öffentliche Arbeiten usw. geregelt werden. Spezielle Aufmerksamkeit ist den Frauen gewidmet, für deren Abfertigung Damen engagiert sind, die lange Erfahrung im Geschäftsleben besitzen. Die Eintragung Jugendlicher soll später durch die Vermittlung der Schulbehörden erfolgen.

Für eine wirksame Einführung des staatlichen Arbeitsnachweises glaubte man die Mithilfe der beteiligten Parteien nicht entbehren zu können. Für jede Arbeitsnachweistelle wird ein beratendes Komitee von Arbeitgebern und Arbeitern gebildet, und nach dem Londoner Vorbild sollen die Trade Unions in engere Beziehung mit den Bureaus treten. In erster Linie haben es die Behörden darauf abgesehen, die Arbeiter „aus den Schänken und ähnlichen Bläsen zu ziehen, wo man heute von Arbeit erfährt“. Die Arbeitsbörden sollen eine Zentralstelle für das industrielle Leben der Orte werden, an denen sie bestehen. Nur dadurch wird allmählich der Arbeitsmarkt reguliert und der Wert der Arbeit erhöht werden können.

Die Trade Unions haben im wesentlichen die Verwaltungsbestimmungen als gut anerkannt. Die Furcht, daß die Arbeitsbörden parteiisch in einen Streik oder eine Aussperrung eingreifen könnten, hat sich als unbegründet erwiesen. Von dem ersten Gedanken, in einem solchen Falle die Börden zu schließen, ist man abgekommen und hat dafür den Parteien die Berechtigung gegeben, Darstellungen des Streitfalles in den Bureaus auszuliegen, wodurch den Wünschen beider Seiten wohl am besten entsprochen wird.

Bei der Organisation des englischen Systems sind hauptsächlich die Erfahrungen der deutschen Arbeitsnachweise berücksichtigt worden, über die ein ausführlicher Bericht im Jahre 1904 dem Board of Trade erstattet worden ist. Der Leitgedanke der Regierung und der leitenden Organisierten war, wie von letzterer Stelle ausgesprochen wurde, jedoch nicht eine bloße Nachahmung des deutschen Systems. Nicht „ebenso wie Deutschland“, sondern „besser als Deutschland“. Dies sollte für den „Verband deutscher Arbeitsnachweise“ ein neuer Ansporn für den Ausbau dieser Institution in Deutschland sein. —er.

□ Jahresbericht des Vertreters am Reichsversicherungsamt für das Jahr 1909.

I.

Dem Bericht mag eine Darlegung der Rechtspredung vorangehen, wie sie sich im Bilde der amtlichen Statistik darstellt. Die Geschäfte des Reichsversicherungsamtes wachsen geradezu unge-

heuerlich und mit ihnen die Arbeiter der Schiedsgerichte. Man braucht nicht Propheet zu sein, um zu erkennen, daß das Reichsversicherungsamt, Abteilung Unfallversicherung, nach Lage der heutigen Gesetzgebung und seiner jetzigen Organisation an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist und jede weitere Steigerung der Belastung zu größeren Unzulänglichkeiten führen muß.

Es waren zunächst, wie die Statistiken ausweisen, die Zahl der seitens der Berufsgenossenschaften erteilten berufungs-fähigen Bescheide. Ihre Zahl betrug:

1900	217 333
1901	298 983
1902	317 330
1903	347 830
1904	375 696
1905	395 563
1906	406 097
1907	417 957
1908	422 012
1909	422 076

Damit hat sich die Zahl der erlassenen berufungs-fähigen Bescheide in zehn Jahren fast verdoppelt. Unter ihnen befindet sich ein großer, wachsender Prozentsatz von Bescheiden, die die Aufhebung oder Abänderung älterer Renten betreffen. Solcher waren:

1899	38,11 Prozent,
1902	38,66 "
1905	40,71 "
1906	42,15 "
1908	44,21 "

In dieser letzteren Erscheinung haben wir es mit der Wirkung der „neuen Rechtsprechung“ des Reichsversicherungsamts zu tun, auf Grund deren für eine Reihe leichter, meist Finger- oder Augenverletzungen keine dauernde Rente mehr gewährt wird. Mehr und mehr beginnen die Berufsgenossenschaften, die alten Renten für diese Verletzungen aufzuheben oder herabzusetzen.

In ähnlicher, wenn auch nicht ganz so krasser Weise vermehrt sich die Zahl der bei den Schiedsgerichten anhängig gemachten Berufungen. Weit- aus stärker noch tritt das aber hervor bei den sogenannten Entträgen gemäß § 88. Wenn seit Feststellung der ersten Rente mehr als fünf Jahre ver- fließen sind, kann eine Veränderung der Rente nicht mehr durch Bescheid eines Versicherungssträgers, sondern auf Antrag nur durch Urteil eines Schieds- gerichts vorgenommen werden. Die in Frage kom- menden Zahlenreihen ergeben nachstehendes Bild. Es wurden bei den Schiedsgerichten anhängig:

	Berufungen gegen Bescheide	Anträge nach § 88*)	Zusammen
1900	45 655	394	46 049
1901	50 502	5 709	56 211
1902	56 014	7 942	63 956
1903	61 242	9 647	70 889
1904	65 197	10 992	76 189
1905	68 742	13 648	82 390
1906	70 542	17 160	87 702
1907	70 957	21 050	92 007
1908	74 570	32 080	106 650
1909	76 352	39 315	115 667

Diese Zahlen enthalten folgende Tatsachen: Die Berufungen der Arbeiter gegen Bescheide ver- mindern sich von 21,01 Prozent auf 18,09 Prozent. Während aber die Anträge der Versicherungssträger 1900 noch nicht 1 Prozent der die Schiedsgerichte beschaffigenden Berufungen ausmachten, sind es 1909 über 50 Prozent. Ihre Vermehrung betrug 1909 22,55 Prozent gegenüber dem Vorjahre.

Auch in den Ergebnissen, zu denen die Schieds- gerichte gelangen, prägt sich die „neue Rechts- prächung“ deutlich aus. Es wurden vom Hundert der an den Schiedsgerichten bearbeiteten Sachen erledigt zugunsten der

	Bescherten	Versicherungsträger
1900.	23,18	64,54
1901	24,50	62,60
1902	24,02	63,27
1903	23,40	64,07
1904	22,58	66,03
1905	20,37	68,69
1906	20,38	69,25
1907	20,47	69,12
1908	18,28	71,92
1909	17,80	72,68

Man sieht deutlich die Verschiebung zugunsten der Berufsgenossenschaften.

Die Arbeiter, die sich Jahre hindurch an die alte Rechtsprechung gewöhnt hatten, wollen sich mit dieser Verschlechterung nicht aufrieden geben. Wir haben ja schon öfter darauf verwiesen, daß das

*) Ein ganz zutreffender Vergleich darf freilich erst aus dem Jahre 1901 gezogen werden; da das Jahr 1900 nur zum Teil unter das neue Gesetz fällt.

Rechtsmittel des Rekurses dagegen keinen Schutz gewährt, weil eben die „neue Rechtsprechung“ im Reichsversicherungsamt ihren Ursprung hat und die Schiedsgerichte sie stellenweise nur widerwillig an- nehmen. Die Arbeiter müssen sich mit der verän- derten Sachlage abfinden und auf den Rekurs ver- zichten lernen, wenn sie auf Grund der jetzigen Rechtslage wissen, daß kein Erfolg zu erzielen ist. Aber niemand kann es ihnen verbieten, wenn sie nicht so schnell umzulernen vermögen, da die jetzige Rechtsübung noch wenig ins Volk gedrungen ist. Aus dieser Sachlage entwickelt sich die Ueberlastung des Reichsversicherungsamts mit Streitfällen, denen der Kenner von vornherein die Aussichtslosig- keit auf Grund der neuen Rechtsprechung ansieht. „Es wird so sehr viel leeres Stroh gedroschen“, sagte uns mal ein wohlwollender Sachverständiger. Es wurden am Reichsversicherungsamt neu an- hängig gemacht Rekurse

1900	11 048	1905	17 422
1901	12 419	1906	19 634
1902	14 107	1907	19 604
1903	15 625	1908	22 552
1904	16 473	1909	25 234

In zehn Jahren hat sich demnach die Zahl der Rekurse mehr als verdoppelt. Es werden aber im Laufe eines Jahres nicht alle Sachen erledigt, son- dern starke Reste aus den Vorjahren mit über- nehmen. Unerledigt blieben

1905	7 143 = 29,4 Prozent,
1906	8 728 = 32,6 "
1907	10 144 = 35,8 "
1908	12 278 = 37,5 "
1909	15 134 = 40,3 "

Zwei Fünftel aller durch Urteil zu erledigenden Rekurse bleiben also liegen infolge Ueberlastung des Amtes. Auch hier prägt sich die neue Rechts- prächung aus. Bei den Rekursen der Versicherten wurden die Schiedsgerichtsurteile

	bestätigt:	abgeändert:
1905	79,3 vom Hundert	20,7 vom Hundert
1906	80,8 " "	18,4 " "
1907	80,0 " "	19,0 " "
1908	81,6 " "	17,1 " "
1909	82,0 " "	16,7 " "

Von 100 Rekursen der Versicherungssträger wurden 1909 entschieden 46,7 durch Bestätigung, 52,2 durch Abänderung des Schiedsgerichtsurteils.

Das ist die Lage der Rechtsprechung in Unfall- rentenfällen. Die Zahlen beweisen einmal die ge- waltige Ueberlastung des Reichsversicherungsamtes, dann auch, daß die meisten Rekurse nicht zu einer Abänderung des Schiedsgerichtsurteils führen und in diesem Sinne meist „leeres Stroh gedroschen“ wird. Ob unter diesen Umständen bei der bevor- stehenden Aenderung der Versicherungsgebiete das Rekursrecht zu halten ist, erscheint höchst unwahr- scheinlich. Es könnte nur dann gerettet werden, wenn erheblich weniger Rekurse eingelegt würden, so weit kleine Renten, d. h. solche bis zu 20 Pro- zent, in Frage kommen. In wichtigeren Renten- streitigkeiten hat das Reichsversicherungsamt zweifellos in den letzten Jahren den Arbeitern er- hebliches Entgegenkommen bewiesen. Es hat be- sonders den Begriff des Betriebsunfalles auf be- deutenden Gebieten weiter ausgedehnt.

Auf diesen Hintergrund sei nun der Bericht unserer Vertretung am Reichsversicherungsamt ge- zeichnet, der auch im kleinsten die Nachwirkung der dargelegten Tatsachen erkennen läßt.

Die zweite deutsche Konferenz zur För- derung der Arbeiterinnen-Interessen.

(Fortsetzung.)

Zunächst seien noch die Namen der Vertreter und Vertreterinnen der Deutschen Gewerkschaften nachgetragen. Der Gewerbeverein der Deutschen Frauen und Mädchen hatte Frau Wilhelm, Frau Rosengarth, Fräulein Sack, Fräulein Ra- lach-Berlin und Frau Donat-Döbeln ent- sandt. Vom Gewerbeverein der Schuhmacher und Lederarbeiter waren Frau Schimanzki, Frau Lillenthal, Frau Badkowsky, Berlin und Frau Kolodziej-Rohwein anwesend. Für den Gewerbeverein der Deutschen Textilarbeiter waren Frau Bluszcik und Fräulein Rau- Spremberg erschienen. Den Verband der Deutschen Gewerkschaften vertrat unser Verbandsredakteur Kollege Retowin, außerdem aber wohnte eine große Anzahl von Gewerkschaftskollegen und -Kolleginen aus Berlin und Umgegend den Verhandlun- gen bei.

Die erste Nachmittags-sitzung wurde begonnen mit einem Referat von Fräulein Dr. Blum über den „Einfluß der gewerblichen Gifte auf den Organismus der Frau“. An einer Reihe von Beispielen zeigte einleitend die Rednerin, welche weite Verbreitung die gewerb-

lichen Gifte in der Industrie gefunden haben und welche furchtbaren Wirkungen sie zu zeitigen ver- mögen. Meist können sich die vornehmen Damen keine Vorstellung machen von den entsetzlichen Krankheiten der Arbeiterinnen, welche all die schönen Haus- und Kunstgegenstände anfertigen, die die vornehmen Ausstattungen zieren. Wenn auch der Körper der Frau für gewöhnliche Ver- giftungen keine besonderen Dispositionen zeigt, so ist doch durch die Kleidung, die durchlässigere Haut und das Haar die Aufnahmefähigkeit für giftige Stoffe bei den Frauen größer als bei den Männern. Außerdem steht es fest, daß am meisten gefährdet die kompliziertesten Körperzellen sind, d. h. die Keimzellen, auf welche Blei und Queck- silber am stärksten einwirken. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß durch die Vergiftung nicht allein die Mutter, sondern auch das Kind gefährdet wird, dem durch die Mutter immer neues Gift zu- geführt wird.

Die Zahl der Krankheit verursachenden Gifte hat sich im Laufe der Jahre vermindert. Der weiße Phosphor scheidet seit dem Jahre 1907 überhaupt aus. Der Hauptkampf gilt jetzt dem Blei, das, in den Körper aufgenommen, die verschiedenartigsten Störungen und Krankheitserscheinungen hervorru- fen vermag, deren schlimmste Hauptstörungen im Nervensystem, wie Kollik, Gelenkschmerzen und -Lähmungen sind. Aber auch Blindheit, Taubheit, Epilepsie und schwere Gehirnkrankungen sind die Folge der Bleivergiftungen. Bei Frauen ins- besondere verursacht das Blei Frühgeburten und mancherlei andere Schwangerschaftsbeschwerden. Die Zahl der Betriebsarten, in denen die Frau einer besonderen Bleige-fahr ausgesetzt ist, wird auf über hundert geschätzt. Was der Bleivergiftung eine besondere Bedeutung verleiht, ist der Umstand, daß sie auch der Tuberkulose den Weg bahnt. Außer dem Blei verursachen auch Arsenik, Blausäure, Quecksilber, Chrom, Anilin, Benzol und Nikotin schwere Vergiftungs-erkrankungen.

Trotz mancherlei Verbote ist die Zahl der in giftgefährlichen Betrieben beschaffigten Arbeit- erinnen gewachsen. Der Hauptkampf muß in der Richtung geführt werden, daß, wo es irgend mög- lich ist, für die Gifte ein ungefährlicher Ersatz ge- schaffen wird. Wo dies nicht möglich ist, muß die Verwendung des Giftes zu gewerblichen Zwecken verboten werden. Unbedingt muß dies verlangt werden für die Heimindustrie; denn technische Ver- besserungen, die die Wirkung der Gifte abschwächen, sind nur in der Großindustrie möglich. Stärkere Verbote in der Heimindustrie werden aber auch schon dadurch gerechtfertigt, weil hier nicht nur die Arbeiter selbst, sondern auch ihre Angehörigen ge- gefährdet werden. Auch das Publikum kann sehr viel zur Einschränkung der Verwendung giftiger Stoffe tun, indem es nur Waren kauft, die aus giftfreiem Material hergestellt sind. Ferner müssen die Organisationen der Arbeiter bei der Befämp- fung der gewerblichen Gifte energisch mitarbeiten. Angestrebt werden muß weiter eine Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit in giftgefährlichen Be- trieben; denn je länger die Einwirkung des Giftes auf den Körper dauert, um so größer die Schädli- gung, die ihm zugefügt wird. Achtsamkeit, Keim- lichkeit und gute Ernährung sind ebenfalls wir- ksame Bundesgenossen im Kampfe gegen die Gift- gefahr.

Die Vortragende schloß ihre hochinteressanten Ausführungen mit dem Wunsche, daß es der chemi- schen Wissenschaft gelingen möge, nicht nur Heil- mittel gegen die gewerblichen Gifte, sondern auch Ersatz für sie zu schaffen. Die Diskussion über den Vortrag war eine überaus ergiebige. Zahlreiche in der Konferenz anwesende Arbeiterinnen gaben ihre Erfahrungen zum besten. Aber auch hervorragende Fachleute, wie Professor Sommerfeld, Dr. Kaup und Professor Lenhoff, lieferten auf Grund ihrer wissenschaftlichen Forschungen noch mancherlei wertvolle Ergänzungen. Als das Er- gebnis der Aussprache ist die einstimmige An- nahme folgender Resolution zu betrachten:

1. Alle Bestrebungen, welche auf einen Ersatz der gewerblichen Gifte durch unschädliche Stoffe abzielen, sind energisch zu fördern.
2. Es ist auf gesetzlichem Wege dahin zu wirken, daß in sämtlichen Industrien, in welchen die technische Möglichkeit vorhanden ist, die giftigen Stoffe durch un- schädliche ersetzt werden.
3. Die Verarbeitung giftiger Stoffe in der Heim- arbeit ist von gesetzebenen zu unterlagen.
4. In Schriftgießereien dürfen weibliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.
5. In sämtlichen Betrieben, in welchen giftige Stoffe produziert oder verarbeitet werden, müssen weitestgehende Schutzmaßnahmen gefordert werden. Insbesondere hat eine regelmäßige Untersuchung durch den Arbeitgeber unabhängige Aerzte stattzufin- den. Auch ist in diesen Betrieben die Arbeitszeit zu verkürzen.

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 8. März 1910.

Neutralität oder nicht? Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, legt seit einiger Zeit ein besonders lebhaftes Interesse für unsere Organisation an den Tag. Es erscheint fast keine Nummer, in der er sich nicht mit uns in mehr oder weniger liebevoller Weise beschäftigt. In seiner Sonnabend-Ausgabe behandelt er zur Abwechslung die Frage, ob die Deutschen Gewerksvereine an der von ihnen beobachteten Neutralität festhalten oder nicht. Den Anlaß dazu gibt ihm eine Notiz im „Regulator“, die sich mit Vorgängen in der letzten Zentralratsitzung beschäftigt. Der Verbandssekretär Kollege Erkelenz hat in mehreren Provinzialblättern einen Artikel veröffentlicht, der den Satz enthält: „Neutralität ist Unsinn!“ Diese Bemerkung, die im Gegensatz steht zu allen Beschlüssen der höchsten Instanzen unserer Gesamtorganisation, hat zu einer eingehenden Ausprache im Zentralrat geführt. In derselben wurde die Auffassung des Kollegen Erkelenz in einer mit großer Mehrheit beschlossenen Resolution scharf verurteilt und einmütig festgestellt, daß die Deutschen Gewerksvereine nach wie vor an der partei- und kirchenpolitischen Neutralität festhalten. Erkelenz hat also lediglich seine Privatmeinung zum Ausdruck gebracht; die Gesamtorganisation und deren Hauptleitung hat er nicht auf seiner Seite.

Offentlich genügt dem „Vorwärts“ diese Antwort. Im übrigen raten wir ihm, sich um die Vorgänge innerhalb der sogenannten freien Gewerkschaften zu kümmern, die sich von ihm so viel schreibregeln lassen mögen, wie es ihnen gefällt. Die Deutschen Gewerksvereine lassen sich in ihre Verhältnisse von keiner Partei hineinreden, sie möge heißen, wie sie will.

Den **Arbeitersekretariaten, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus** sind Anfang Februar vom Verbands deutscher Arbeitssachverständige Fragebogen zugegangen, mit der Bitte, dieselben ausgefüllt möglichst bald zurückzusenden. Wie uns von jener Seite mitgeteilt wird, ist diesem Wunsch bisher nicht in genügendem Maße Rechnung getragen worden. Ueber die Hälfte der Fragebogen steht noch aus. Wir richten deshalb an die betreffenden Kollegen das dringende Ersuchen, das Veräumte schleunigst nachzuholen, die Fragebogen auszufüllen und umgehend an die ausgegebene Adresse zurückzubefördern zu wollen.

Der **Rechtschuss im Verein der Deutschen Kaufleute**. Im Jahre 1904 wurde das Kaufmannsgerichtsgesetz geschaffen, das den Handlungsgehilfen und -Gehtenen eine ihrem sozialen Empfinden entsprechende und langersehnte, billige, schnelle Standesgerichtsbarkeit in Aussicht stellte, bei der die Rechtsanwälte als Gerichtsvertreter ausgeschaltet wurden. Während nun die verschiedensten Berufsorganisationen der kaufmännischen Angestellten seit der Zeit die in ihren Verbänden bestehenden Rechtsabteilungen entlasteten und einschränkten, arbeitete und baute der Verein der Deutschen Kaufleute (Sitz Berlin) seine Rechtsabteilung unter nicht unbedeutenden Geldopfern aus, um neben einer legendären Aufklärungs- und Unterweisungsarbeit unter den Handlungsgehilfen auch Rechtschussjuchenden ausstreichenden Beistand leisten zu können. Der Erfolg blieb keineswegs hinter den gehegten Erwartungen zurück! Das Streitobjekt des Jahres 1908 in Höhe von 12 363,75 Mk. wurde im vergangenen Jahre um etwa 5000 Mk. überholt. In 161 Fällen gelang es dem Verein der Deutschen Kaufleute, dem Rechtschussjuchenden vor dem Kaufmannsgericht den Betrag von 13 914,30 Mk. zu erstreiten, und zwar durch Vermittlung 4647,65 Mk., durch gerichtlichen Vergleich 2454,65 Mk., durch Urteil 6812 Mk. Außer der die Klageparteien befriedigenden Erledigung von Differenzen wegen Gehalt, Provision usw. in 238 Fällen wurde 38 mal die Ausstellung von neuen oder abgeänderten Zeugnissen durchgeführt. Endlich konnten 331 schriftliche und 1255 mündliche Auskünfte erteilt werden. Neben diesen Rechtschussfällen gelangten außerdem 95 Fälle zur Erledigung, von denen 33 vor den ordentlichen Gerichten verhandelt werden mußten und nur unter Aufopferung hoher Geldkosten für Rechtsanwaltsvertretungen zum Austrag gelangen konnten. Die auf diese Weise eingeklagte oder durch Vergleich erzielte Summe beträgt zusammen 3950 Mk., die noch zu dem Betrage von 13 914,30 Mk. hinzu-

fäme, so daß die Hauptreitsumme des Jahres 1909 17 864,30 Mk. ausmacht. Aus diesen Zahlen geht wohl besonders die segensreiche Tätigkeit des Berufsvereins vor dem Kaufmannsgericht hervor, woraus die Berechtigung resultiert, daß der Verein der Deutschen Kaufleute an das Reichsamt des Innern eine Eingabe machte, die die obligatorische Einrichtung von Kaufmannsgerichten für alle Gemeinden sowie die Ausdehnung derselben auf alle Angestellten ohne Rücksicht auf das Jahreseinkommen unter Einbeziehung der in Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge fordert. Außerdem wird die Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts, das auf das 21. bzw. 25. Lebensjahr herabzusetzen wäre, auf die weiblichen Angestellten vorgeschlagen.

Arbeiterbewegung. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Organisationsvorstände in der Solzindustrie dauern noch immer an. Die Lage ist noch keineswegs geklärt und die Erhaltung des Friedens zum mindesten noch zweifelhaft. — Auf den Badischen Leberwerken in Karlsruhe haben die Lederarbeiter einen neuen Tarif eingereicht, in dem sie eine Verklüftung der Arbeitszeit, eine angemessene Lohnerhöhung und die Gewährung eines Urlaubs verlangen. — Die Buchbindergehilfen in Breslau haben einen neuen Tarif zum Abschluß gebracht, der ihnen einige nicht unwesentliche Verbesserungen gewährt. — Im Wuppertal sind schon seit längerer Zeit die Färber ausgebeutet. Jetzt droht die Bewegung weitere Kreise zu erfassen. Zur Unterstützung der Färberei- und Bleichereibesitzer wollen auch die Wandfabriken die Betriebe schließen, und die Inhaber haben bereits die bis jetzt bestehende Kündigungsfrist aufgehoben, um dann plötzlich die Arbeiter auszusperrn zu können. Ferner haben sich die Eisengarnfabrikanten verpflichtet, keinerlei Färb- oder Bleichaufträge auszuführen, die ihnen aus Anlaß der Stilllegung der übrigen Betriebe überwiesen werden sollten. Alle diese Umstände haben es bewirkt, daß selbst in den Riemendrehereien und in den Nimmengangslocherereien sich ein starker Arbeitsmangel bemerkbar macht. — In Niederlehme i. d. M. dauert der Kampf der Parteilosarbeiter noch immer an. Die Bemühungen der Betriebsleitung, andere Arbeiter an die Stelle der Streikenden zu bringen, sind bisher gescheitert.

Auf einigen französischen Staatsbahnen waren die Lokomotivführer und Heizer in den Streik getreten. Der Konflikt wurde durch Bewilligung der Forderungen beigelegt. — Der Streik der Straßenbahnangestellten in Philadelphia hat tatsächlich zur Proklamierung des Generalstreiks geführt. Die Zahl der beteiligten Arbeiter dürfte etwa 75 000 betragen.

„**Zielbewußte Kampfesweise.**“ Wir sind in letzter Zeit öfter in die Lage versetzt worden, uns mit den Praktiken der „Genossen“ vom Zentralverband der Löhner in Berlin zu beschäftigen. Die Herren machen unsern Kollegen, die sie von Bau zu Bau heben, den Vorwurf des Tarifbruchs. Heute können wir mit einem Gegenstück aufwarten. Auf dem Bau der Firma Rosinski in Tempelhof bei Berlin arbeiteten neben unorganisierten Fensterlern auch einige Kollegen von unserem Ortsverein. Da die genannte Firma jede Woche mit einem Teil des Lohnes rückständig blieb, nahmen die Kollegen dazu Stellung, mit dem Erfolge, daß der rückständige Lohn zum Teil ihnen auszuschüttelt wurde. Die Summe von etwa 100 Mark aber blieb ihnen der Unternehmer schuldig. Am Montag vergangener Woche hörten darauf sämtliche Kollegen auf. Am Dienstag früh 7½ Uhr aber kamen 6 Zentralisten, um die von unsern Kollegen verlassenen Stellen einzunehmen. Das Schönste an der Sache aber ist, daß auch zwei Polizeibeamte auf der Bildfläche erschienen, um diese Arbeitswilligen den ganzen Tag über zu schützen.

Einen Kommentar zu dieser Handlungsweise dürfen wir uns erparen.

Die Lage im deutschen Tabakgewerbe ist nach wie vor eine überaus unangünstige. Selbstverständlich haben darunter die Arbeiter am allermeisten zu leiden. Wie die „Südd. Tabak-Ztg.“ mitteilt, ist in der vergangenen Woche wieder über 1000 Zigarrenarbeiter und -Arbeiterinnen gekündigt worden. Außerdem aber stehen weitere Entlassungen in allernächster Zeit überall bevor. Insgesamt dürften bis jetzt rund 54 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigungslos geworden sein und werden Staatsunterstützung bekommen.

Ob angesichts dieser traurigen Verhältnisse den „Finanzreformern“ im deutschen Reichstage nicht doch das Gewissen zu schlagen anfängt?

Eine unglaublich klingende Mitteilung macht das Organ des alten Bergarbeiterverbandes in seiner letzten Nummer. Danach sollen in letzter Zeit an ausländische Verbandsmitglieder im Ruhrbecken Ausweisungsbefehle ergangen sein, die rückgängig gemacht werden, wenn die Ausgewiesenen dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter beitreten. So sei es dem früheren Kassierer Müller in Dorfermark ergangen. In Döhlen soll einem Kameraden die Ausweisung zugestellt worden sein, der schon 19 Jahre im Ruhrbecken ist und sich redlich durchgeschlagen hat. Der katholische Geistliche Bröder will die Ausweisung rückgängig machen, wenn der Betreffende die Kinder katholisch taufen lassen will. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ will die Fälle, die sich zurzeit noch mehren, in ihren Einzelheiten veröffentlichen.

Diese Mitteilung ist so ungeheuerlich, daß wir zunächst nicht daran glauben möchten. Unbedingt erforderlich aber ist es, daß die Behörden, denen hier ein schwerer Vorwurf der Parteilichkeit gemacht wird, sich unerbittlich darüber äußern.

Die 7. **Volksvorstellung der Generalintendantur der Kgl. Schauspiele** in dieser Saison findet am Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Neuen Kgl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Die weiße Dame“ von Fr. A. Boieldieu. Der Billetverkauf erfolgt wie bisher in den Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Als 412. **Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen** findet am Sonntag, den 13. März, nachmittags 5 Uhr, in der Urania, Taubenstraße, ein Projektionsvortrag über „Jerusalem“ (Eine Charakteristik der alten Stadt und Umgebung) statt. Außerdem wird an diesem Tage, abends 7 Uhr, die 413. **Veranstaltung** obigen Vereins stattfinden, und zwar im Bürgeraal des Rathauses, wobei mitwirken werden: Frau Lucie Lömlisch-Behn (Gesang), Herr Willy Schmidt (Gesang), Herr Bruno Walthar (Rezitation); außerdem Instrumentalmusik.

Tätigkeitsbericht: der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Paris.

Unser Ortsverband, welcher aus 4 Ortsvereinen mit etwa 60 Mitgliedern besteht, erledigte seine Geschäfte in 2 kombinierten und 7 ordentlichen Ausschusssitzungen, sowie in 5 Ortsverbandssammlungen. Ferner feierten wir ein Weihnachtsvergängen mit Kinderbescherung. Als einen erwidrenden Umstand bei der Agitation sowohl wie bei anderen geschäftlichen Angelegenheiten empfand es der Ausschuss, daß er immer noch zu wenig von den Mitgliedern unterstützt wird. Auch ließ der Versammlungsbesuch im verflossenen Jahre zu wünschen übrig, was wohl hauptsächlich auf das Eineinschleppen der persönlichen Angelegenheiten in die Versammlungen zurückzuführen ist. Wir könnten vielleicht mehr an Orte leisten, wenn die Kollegen nur etwas mehr Interesse an der Sache zeigten. Darum möchte ich den Kollegen an dieser Stelle zurufen, in diesem Jahre erstens den Ausschuss besser zu unterstützen, zweitens jede Versammlung zu besuchen und drittens die persönlichen Angelegenheiten außerhalb der Versammlungen zu behandeln, weil dadurch den Kollegen der Versammlungsbesuch erleichtert wird.

Arnold Mewes, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Babeln.

Der Ortsverband erledigte die Geschäfte in vier Verbandsausschusssitzungen, vier Verbandsversammlungen und drei kombinierten Vorstandssitzungen. Die Versammlungen wiesen nicht immer den gewünschten Besuch auf. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Hausagitation gerichtet. Wir haben auch damit ganz gute Erfolge erzielt, sind aber trotzdem an Zahl nicht stärker geworden. Die Bemühungen zur Gründung eines Konsumvereins verliefen ergebnislos. Begründet wurde ein Sparverein; in denselben gelangten am Jahresabschluss ca. 1200 Mk. zur Verteilung. Am Ende des Jahres wurde noch ein Mieterverein gegründet, wozu er, wie es scheint, auch die gehegten Erwartungen weit übertrifft. Nach außen wurde auch viel gearbeitet. Kollege Niedel wohnte dem Delegiertentag des Sächsischen Landesverbandes in Großenhain bei, ebenso Frau Donat; auch nahm letztere an der Frauentagung in Halle teil. Der gesamte Verbandsausschuss wohnte der Konferenz in Chemnitz bei, sämtliche Vereinsauschüsse waren vertreten auf der Wanderversammlung in Rochwitz, desgleichen an der Bezirkskonferenz, welche hier lag. Vorträge wurden gehalten in den Ortsvereinen der Maschinenbauer, bei den Solzarbeitern, den graphischen Berufen und den Frauen und Mädchen.

Die Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde erforderten viel Arbeit; leider hatten wir keinen Erfolg. Mehr Erfolg hatten wir am Schöffengericht; Kollege Niedel wurde zum zweiten Mal, Kollege Hermann Lauterbach zum ersten Mal als Schöffe ausgelost. Die vom Kollegen Niedel geleitete Auskunftsstelle wurde auch in diesem Jahre rege in Anspruch genommen.

Sieht man alles zusammen, so ist immerhin eine ganze Menge Arbeit geleistet worden. Der Geselligkeit wurden auch einige Abende gewidmet. Erwähnt sei nur das 25jährige Jubiläum des Ortsverbandes, auf dem Kollege Goldschmidt Berlin die Festrede hielt. Und nun auf zu frischem, fröhlichem Kampf im neuen Jahre! Denn ohne Kampf kein Sieg.
W. Bauerbach, Sekretär.

Ortsverband Gera.

Der hiesige Ortsverband erledigte seine Geschäfte in vier Versammlungen, fünf Ausschuss- und fünf kombinierten Sitzungen. Außerdem wurde ein Wintervergnügen und ein Waldfest veranstaltet, welche beide zahlreich besucht waren. Ausgeschieden aus dem Ortsverband ist der Ortsverein der Lederarbeiter in Weida wegen zu weiter Entfernung. Die beiden Ortsvereine der graphischen Berufe Gera und Untermaßfeld haben sich zusammengeschlossen. So besteht unser Ortsverband aus vier Ortsvereinen. Die Vorstände aller Berufe haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, die Gewerbetreibenden zu fördern. Wenn die Erwartungen aber nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, lag es nicht allein an den Vorständen und Ausschüssen, sondern lediglich an der Laune der Kollegen, welche die Versammlungen schwach besuchten.
Walter Schmidt, Ortsverbandssekretär.

Ortsverband Neumied.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in fünf Ausschussitzungen, zwei kombinierten Ausschussitzungen und vier Ortsverbandsversammlungen. In den vier Versammlungen sprach Kollege Ziegler-Siegen, und zwar in drei über die Aufgaben der Christenrentenliste und in einer über die Gewerbeberichtsfrage für die Bürgermeisterei Neumied. Zu der Wahl der Vertreter zur Christenrentenliste des Kreises Neumied nahmen wir Stellung und schlossen ein Kompromiß mit den freien und christlichen Gewerkschaften. Die Wille wurde mit großer Stimmenmehrheit gewählt.

Zu der Gewerbeberichtsfrage für die Bürgermeisterei Neumied nahmen wir ebenfalls Stellung und schlossen ein Kompromiß mit den freien Gewerkschaften. Auch hierbei gingen wir siegreich hervor; es fielen auf beide Parteien je zwei Kandidaten. Im August feierte der Ortsverband sein Sommerfest, welches einen schönen Verlauf nahm. Mäße der Ortsverband auch in diesem Jahre von vielen Erfolgen gekrönt werden. Es liegt im Interesse sämtlicher Mitglieder die Versammlungen besser zu besuchen und mehr Pfründigkeit an den Tag zu legen, damit immer mehr Ortsvereine und Streiter für unsere Sache gewonnen werden.
Heinz Spielmann, Ortsverbandschriftführer.

Gewerbvereins-Teil.

Deffau. Auf Einladung des Ortsverbandes Teichau fand am Sonntag, den 20. Februar, eine kombinierte Vorstandssitzung statt. Der Vorsitzende begrüßte die aus fast allen angeschlossenen Vereinen zahlreich erschienenen Vertreter und forderte sie auf zu neuer Arbeit. Nachdem verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, erhielt Kollege Maack das Wort zu seinem Vortrage über: „Unsere Aufgaben 1910“. Er führte eingangs seiner Ausführungen an, daß natürlich nicht alle Arbeit im Voraus gelöst werden könnte; aber verschiedene Aufgaben, die schon jetzt ihrer Lösung harren, sollen zuerst erledigt werden. Neben Wanderversammlungen in den angeschlossenen Vereinen soll versucht werden, auf dem Lande neue Ortsvereine zu gründen. Ferner sollen sämtliche Ortsvereine

Fragebogen zugehen, um Material sammeln zu können über das Alter und die Wahlberechtigung der Mitglieder bei den sozialpolitischen Wahlen. In der Debatte wurde eine Fülle neuer Anregungen gegeben. So soll in Rostlau in nächster Zeit ein Vortrag über „kommunale Arbeitslosenversicherung“ gehalten werden. Die nächste Ortsverbandsversammlung soll am Sonnabend, den 19. März stattfinden. Mit der Bitte, für diese recht fleißig zu agieren, wurde die Sitzung geschlossen.
E. Fölte, II. Ortsverbandschriftführer.

Zauer. Die letzte Versammlung des Ortsverbandes Zauer und Umgebung erfreute sich eines regen Besuches. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Kollegen Cuander, der des Jubiläums der sozialpolitischen Erlasse Kaiser Wilhelms gedachte, und Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Cuander wiedergewählt, der das Amt nunmehr 10 Jahre bekleidet; sein Stellvertreter ist der Kollege Schenkendorf, Schriftführer der Kollege Robert, Kassierer Kollege Garn. Im Anschluß daran erstattete der Schriftführer den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1909. Darauf wurden verschiedene Anträge bekanntgegeben. Der Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter wünscht eine Regelung der Vergütungssache in früherer Weise, während der Ortsverein Profen sich dagegen ablehnend verhält. Letzterer stellte auch einen Antrag auf Herauszahlung der von 1908 ab gezahlten Steuerbeiträge. Da eine Einigung über diesen Punkt nicht erzielt werden konnte, wurde er bis zur nächsten Sitzung vertagt. Zu Verbandsangelegenheiten brachte der Vorsitzende einige Paragraphen aus dem Statut zur Verlesung und wies auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder hin. Daran schloß sich ein Referat über den Rabattsparenverein. Ein Artikel über „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“ wurde mit Interesse aufgenommen. Im Mai soll ein Familienabend in Gemeldigkeit abgehalten werden. Die ganze Versammlung nahm einen ausgezeichneten Verlauf und wurde vom Vorsitzenden mit dem Wünsche geschlossen, stets den Ortsverbandsangelegenheiten ein gleiches Interesse entgegenzubringen und für die Gewerbevereinsfrage zu wirken.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (G.D.). Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine N.O., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 9. März. Vortrag des Kollegen Jordan über: „Jollipolitik“. Gäste sind herzlich willkommen. Gewerbevereins-Viererkasse (G.D.). Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Lebungshunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. Diskussionsklub Moabit. Freitag, 11. März, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstr. 53. Vortrag des Kol. Jordan über: „Die politischen Parteien“. Gäste willk. Fachwissenschaftlicher Diskussionsklub Berlin. Büdlerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Sonnabend, 12. März. Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung Rottbuserstr. 6. Vortrag des Kollegen Joseph: „Die Rechte der Arbeiter in der Fabrik“. Sitzwahl zum Verbandsstag. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8 Uhr Versammlung Berlinstr. 71. E.D.: Sitzwahl zum Verbandsstag, Monatsernt. Abredung vom Maschinenbau. Nach Schluß: Fidelität. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung Böttcherstr. 22. Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.

Abds. 8-11 Uhr Versammlung Rottbuserstr. 51 bei Krull. Sitzwahl zum Verbandsstag. Vortrag des Redakteurs Kollegen Lewin über: „Kaiser Morimilton von Mexiko“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Abds. 8 1/2 Uhr Ortsversammlung mit Damen Bruchstr. 86a (gr. Saal). 1. Mitteilung. 2. Sitzwahl zum Verbandsstag. 3. Monatsbericht. 4. Anträge zum Verbandsstag. 5. Vortrag des Herrn Morgenstern: „Der Mensch im Kampf mit glühenden Gasen“ (Experimentlaborat.). Anschließend Tanz. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Versammlung Schönhauser Allee 65. E.D.: Sitzwahl zum Verbandsstag. Vortrag des Kollegen Rauer: „Warum müssen wir uns organisieren?“ — Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Sonntag, 13. März, abds. 8 1/2 Uhr. Vers. bei Rabau, Waldstr. 53. Sitzwahl zum Verbandsstag. Zahlabend am Sonnabend, 12. März, fällt aus. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Sonntag, 13. März, vorm. 10 Uhr, Besichtigung des Museums für Bergbau und Hüttenwesen, Invalidenstr. 44. Treffpunkt 9 30 Uhr daselbst. Gäste Anschluß gestattet.

Orts- und Reichsverbände.

Hagen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutterabend bei Reuther, Ecke Pansemarkt und Jülicherstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Boollstr., Diskutterabend. (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Water Kolping“, Eigelstraße. — Hamburg (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Baeum, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Diskussionsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hofen-lamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskutterabend. — Walsheim-Nähr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kolbe, Berlinerstr. 120. — Leipzig (Gewerbevereins-Viererkasse). Die Lebungshunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weissenfels a. S. (Verbandsabteilung der Gewerbevereine). Lebungshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerbevereinskollegen stets willkommen. — Jerslow (Diskussionsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janer, Döhrstr. — Lettin (Sängerchor der Gewerbevereine). Die Lebungshunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — Epremberg (Diskussionsklub). Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Jägerstraße 6, Sitzung. Gewerbevereinsmitglieder sind stets willkommen. — Weissenfels (Diskussionsklub der Gewerbevereine). Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — W.-Gladbach (Sängerchor der Deutschen Gewerbevereine). Sitzung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Janen, Friederichsstraße 383. Jeder Kollege herzlich willk. — Ziegel (Diskussionsklub für Ziegel, Porzellan- und Meißnerindustrie). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8-10 Uhr bei Sechner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abends von 9-11 Uhr im Verbandsbureau, Kurfürstenstr. 29, Sitzung. — Königberg i. Pr. (Diskussionsklub). Sitzung, jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal bei Sobat, Holzstraße 11.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein Jahrgang 1909 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken 5, sonst 7 Mark bei vorheriger Einsendung des Betrages. N. B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben. Bestellungen an den Verbandskassierer R. Klein, Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Vormund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsbeitrag im Gewerbevereinsbureau, Königshof 19. Außerdem erhalten daselbst durchreisende Former 75 Pfg. von der Former-Sektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort. Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 50 Pfg., Sonntag und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer F. Keimann, Schmollnerstraße 12. Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterfertigung von 0,75 Mk. durch den Verbandskassierer Hermann Bannach, Schmollnerstraße 7, gezahlt. Eßln und Wilsheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungsgeld im Gewerbevereinsbureau, Severtstr. 118 I. Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsverbandskassierern oder im Sekretariat Saarbrücken I. Am Markt 18. Lippstadt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 0,75 Mk. R. Keimann beim Ortsverbandskassierer S. Berglar, Lippstadt, Bredenstraße 139.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Festschrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Sahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg. Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pfg. Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerbevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden. Geschichte der Deutschen Gewerbevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerbevereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk. Weltanschauung und Arbeiterbewegung von Karl Goldschmidt. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft von Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg. Volks-Wirtschaftslehre von Dr. C. S. Buchs. Preis 80 Pfg. Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften sowie Bücher mit ausführlichem Kommentar wie auch Vagen und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen. Der Bestellung bitten wir stets den Gelbbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Gelbbetragungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23. Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Verantwortlicher Redakteur: Senator Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Druck und Verlag: Goedecke u. Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110.